

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate kosten die achteigste Zeile oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeiger das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Übersetzungssatz 50 Pf., Familien- und Verteilungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wilhelm will nach Hause!

Vorbereitungen zur Rückkehr.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Versailles, 1. Juni.

Der Haager Korrespondent der „New York Times“ telegraphiert, er habe aus sicherer Quelle erfahren, Personen aus der Umgebung Wilhelms II. seien nach Deutschland gereist, um die Ueberführung des Kaisers nach Deutschland vorzubereiten.

Nur zur Beruhigung.

Die Oberste Heeresleitung hat am 21. Mai eine Rundfrage erlassen, um ein lautes Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe. Am selben Tag, als die Reichsregierung davon Kenntnis erhielt, nämlich am 27. Mai, telegraphierte sie an die Oberste Heeresleitung:

Rundfrage der Obersten Heeresleitung vom 21. Mai 1919 betreffend Verhütung der Verdüsterung wegen etwaiger Wiederaufnahme des Krieges wird von der Kriegsregierung nicht genehmigt. Reichsregierung ersucht, Umfrage und Beantwortung sofort abzustellen, da sie als politisch anzusehen und daher über Rahmen und Tätigkeit der Obersten Heeresleitung hinausgeht.

Darauf hat die Oberste Heeresleitung am 30. Mai geantwortet:

Gemäß telegraphischer Anordnung der Reichsregierung ist die Rundfrage vom 21. Mai eingestellt worden.

Ich hätte es dankbar begrüßt, wenn mir vor dieser Beifugung Gelegenheit gegeben wäre, dem Kabinett meine Gründe für die Umfrage darzulegen. Für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen für Entschlüsse zu schaffen, war die O. S. L. von der Reichsregierung gestellt worden kann, war der Hauptgrund der Umfrage. Danach hat aber noch ein anderer Grund mitgesprochen. Nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen ist der Herr Generalstabschef mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Protesten und Kundgebungen jeder Art überschüttet worden, aus denen ein oberflächlicher Beobachter leicht den Eindruck gewinnen konnte, als ob Volk und Heer zum Kampf entschlossen wären und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufnehmen würden. Ja, es geht soweit, daß der O. S. L. aus manchen Kreisen Rangel an Unzufriedenheit und nationale Laune vorgeworfen wurde. Unter diesen Umständen mußte ich besonders daran liegen, ein ungeklärtes Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die Mängel beruhigend einwirken zu können und andererseits einwandfreie Unterlagen zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und öffentlichen Meinung mit schlagendem Beweismaterial abwehren zu können.

Die Oberste Heeresleitung hatte also, ebenso wie die Reichsregierung, die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik des Reichs nicht durch Mißverständnisse stören zu lassen. Die Reichsregierung baut auf den inneren Hochwert und die Ueberzeugungskraft ihrer Gegenentwürfe, nicht auf eine Erneuerung des Kampfes von unserer Seite. Dabei wird es aber ihre dauernde Bemühung sein, die Sicherungsaufgaben in den Ostprovinzen in keiner Weise vernachlässigen zu lassen.

So ganz harmlos waren Rundfrage und Fragebogen der Obersten Heeresleitung denn doch nicht, und wenn die Regierung statt dieser Beidwärtigkeit die beiden Dokumente veröffentlicht hätte, so wären auch die Kreise, in die die „Freiheit“ noch nicht kommt, zu der Ueberzeugung gekommen, daß von der Obersten Heeresleitung schon Vorbereitungen zu einem neuen Kriege getroffen würden. Die Fragen waren so abgefaßt, daß sie nicht beruhigend wirken konnten, sondern geradezu als eine Aufforderung zu der Beteiligung an einem neuen Feldzuge aufgefaßt werden mußten.

Dieser Fall ist auch ein neuer Beweis dafür, daß die Generale gar nicht daran denken, sich auf die Erledigung militärisch-technischer Angelegenheiten zu beschränken, sondern Politik auf eigene Faust treiben. Nur so ist die verführerische Beeinflussung der Rivisbevölkerung, die durch den von uns veröffentlichten Erlaß beobachtet wird, zu verstehen.

Im übrigen haben wir zu unserem Artikel „Die weiße Garde vor die Front!“ noch folgendes zu bemerken: Die

Oberste Heeresleitung sorgt für die Wiederaufnahme des Krieges nicht nur in der von der 9. Inf.-Brigade Jülichau beschleunigten Art. Auch Operationspläne für Truppenbewegungen und Kämpfe sind vorbereitet. Darüber wird Herr Oberst Sene, der Chef der Operationsabteilung bei der Obersten Heeresleitung, genaue Auskunft geben können. Wie wir hören, hat er die Operationspläne entworfen. Anscheinend hat er und die Oberste Heeresleitung sich dabei des Rates von Ludendorff zu bedienen, der bis vor kurzer Zeit in dauernder, täglicher Kurier- und Telegrammverbindung mit der Obersten Heeresleitung stand und wahrscheinlich diese Verbindung noch aufrechterhält. Falls der Regierung die Weisung der Obersten Heeresleitung unangenehm ist, kann sie sich ja mit Herrn General Ludendorff darüber auseprechen. Der Herr Gouverneur Schöpplin wird der Regierung die Wohnung Ludendorffs mitteilen können. Das Oberkommando in den Marken, an dessen Spitze Herr Gouverneur Schöpplin steht, liegt in der Nachbarschaft der Wohnung Ludendorffs.

Was hat Erzberger gesagt?

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Versailles, 31. Mai.

Marcel Gulin meldet im „Echo de Paris“, daß die Alliierten die deutschen Gegenentwürfe am 7. Juni beantworten werden. Die Antwort werde kurz und drücklich sein und werde alle Suggestionen der Berliner Regierung zurückweisen. — Pariser Blätter melden, Graf Brockdorff-Ransau habe bei dem Abschied einiger Delegierter, die nach Berlin reisten, gesagt, er werde den Vertrag nicht unterschreiben, wenn der Vorgesandener der Alliierten nicht ernstlich geändert werde. Vielleicht werde ein anderer unterschreiben, er nicht.

Das „Journal du Peuple“ berichtet ausführlich über die Ausweisung der Gräfin Treuberg. Das Blatt greift auf heftigste Worte als „Ausgliazisten“ an und nennt ihn einen Unteroffizier, einen würdigen Nachfolger Kessels und Pinfingens.

Der Londoner „Daily Express“ meldet, er habe von einem höchst merkwürdigen Dokument Kenntnis, das Erzberger verfaßt habe und vertraulich Ende April dieses Jahres in Berlin verteilt sei. Darin heißt es unter anderem: „Der Krieg war ein Kampf zwischen der deutschen und der angelsächsischen Nation um die Herrschaft der Welt, ebenso wie der historische Kampf zwischen Rom und Carthago. Deutschland ist geschlagen worden, aber nur für kurze Zeit. Seine Lage kann man mit der Lage Roms nach dem Siege Hannibals vergleichen, aber trotz Hannibal hat schließlich Rom triumphiert und Carthago wurde vernichtet. Die Geschichte wird sich wiederholen.“ Die Pariser Blätter geben diese Neußerung unter der Spitzmarke wieder: „Deutschland wirft seine Maske ab“ oder „Erzberger kündigt neuen Marsch nach Paris an“.

Semhat für das Unterzeichnen.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“)

Versailles, 31. Mai.

Marcel Semhat schreibt in seinem Blatt „Leure“ neuerdings über die Friedensfrage. Er meint, Wilson habe die allgemeinen Hoffnungen enttäuscht. Auf Wilson sei nicht mehr zu rechnen. Den Deutschen bleibe nichts anderes übrig als zu unterschreiben; der Rest werde sich später finden.

„Aussicht auf weitere Verhandlungen.“

Amsterdam, 1. Juni.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Herald“ meldet: Hier neigt man zu der Ansicht, daß die Alliierten die deutschen Gegenentwürfe als Grundlage für eine Besprechung annehmen dürften. Er erfährt, daß drei Mitglieder des Vizeerrats willens sind, mündliche Besprechungen zuzulassen. Nur Clemenceau bleibt hartnäckig und wird dabei anscheinend von Bichon beeinflusst. Es besteht also jede Aussicht auf weitere Verhandlungen, und es ist sehr gut möglich, daß Deutschland in der Frage der östlichen Grenze wichtige Zugeständnisse gemacht werden.

Die kommende Entscheidung.

Die schwerste Krise steht dem deutschen Volke noch bevor, denn die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Friedens birgt die Möglichkeit in sich, die deutsche Entwicklung Gefahren auszuweisen, größere als die waren, in die das Kriegverbrechen uns gestürzt hat.

Die Situation ist fürchterlich ernst und Arbeit wäre es, sich durch die im Augenblick bemerkbare Zurückhaltung der Regierung beirren zu lassen. Die Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokratie haben der Regierung gezeigt, daß die Entschädigung einer einseitigen Bewegung gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages unmöglich ist. Um die Gegenwirkung zu verringern, hat sie daher die öffentliche Agitation etwas eingedämmt. Das braucht aber durchaus nicht zu bedeuten, daß ihr endgültiger Entschluß nicht auf Ablehnung lauten würde.

Wir halten diesen Beschluß deshalb für den wahrscheinlichsten, weil innerpolitische Gründe ihn der Regierung nahelegen. Die Annahme des Friedensvertrages bringt sie in Gegensatz zu ihrer festesten Stütze, dem neuen Militarismus. Sie verdrängt kaum das Sozialismus mit dem Befehl, da einzelne Mitglieder der Regierung sich bereits zu sehr festgelegt haben, um bei der Annahme in der Regierung verbleiben zu können. Dazu verliere das Ministerium, das nach links hin abgedrückt nur auf erbitterte Feindschaft führt, auch nach rechts hin jeden Halt. Umgekehrt sichert die Ablehnung zunächst den Fortbestand der Regierung und verleiht ihr die Unterstützung aller nationalistischen Kreise.

Die Hoffnung ist gering, daß bei den Verhandlungen noch wesentliche Zugeständnisse erzielt werden können. Dazu ist drüben die Kriegsstimmung noch zu stark, der Haß und das Mißtrauen gegen Deutschland zu groß und die Ungebuld zu brennend, zunächst einmal um jeden Preis zu einer Entscheidung zu kommen und den Friedensschluß, wenn nicht anders, so eben mit Gewalt zu erzwingen.

Andererseits ist die unabhängige Sozialdemokratie im gegenwärtigen Moment allein noch zu schwach, um das deutsche Volk vor der drohenden Katastrophe zu bewahren. Die Regierung hat alle Machtmittel in die Hände der energischsten und zielbewußtesten Feinde des Sozialismus gelegt. Sie warten nur darauf, von diesen Machtmitteln umfassenden und ausgiebigen Gebrauch zu machen. Sie können heute noch bei einem solchen Vorhaben auf den Beifall oder doch die wohlwollende Duldung eines großen Teils der Bevölkerung rechnen, der noch nicht begriffen hat, in welche Gefahren sie die Politik der Regierung zu stürzen droht.

Trotzdem bleibt der Gedanke, daß der Friede abgelehnt, der Kriegszustand wieder beginnen soll, unahbar. Immer wieder fragt man sich, wie denn eine Politik möglich sein soll, die überhaupt nur geführt werden kann, wenn absichtlich die Augen vor den Folgen verschlossen werden.

Die Ablehnung bedeutet den Krieg mit allen seinen Folgen, ganz gleichgültig, ob in Deutschland selbst Widerstand geleistet wird oder nicht. Es ist eine verhängnisvolle Illusion, wenn geglaubt würde, daß die militärischen Leistungen der Gegner sich irgendwelche Rücksichten auferlegen würden. Und wenn auch die Gewaltanwendung gegen Wehrlose absichtlich und unmenschlich ist, was ja den unbeschränkten U-Bootkrieg und den Bliegerkrieg gegen offene Städte zu einer solchen Bestialität gemacht hat, so muß man sich doch auf all dieses Grauen gefaßt machen.

Die Proteste, die ein solches Vorgehen auslösen wird, werden zu spät kommen. Darf man doch nicht vergessen, daß die Ablehnung des Vertrages die feindselige und nationalstimmige Stimmung in den anderen Ländern auslöscht. Die Deutschen, so werden die Chauvinisten drüben sagen, haben den Krieg verursacht, sie haben unser Land verwüstet und jetzt wollen sie nicht einmal annehmen müssen. Dann müssen sie eben dazu gezwungen werden mit allen Mitteln, damit die Welt endlich zur Ruhe komme und die Deutschen uns nicht mehr bedrohen können, weder mit ihrem Imperialismus, noch mit ihrem nationalstimmigen Volksweltwille, mit dem sie uns neuerlich schrecken zu können glauben. Und es ist zu fürchten, daß solche Argumente drüben zunächst sehr williges Gehör finden.

In Deutschland selbst aber wird Hunger und Arbeitslosigkeit herrschen. Der Kommande der

Begieret sie in kürzester Zeit in den Besitz unserer wichtigsten Rohstoffgebiete. Die Blockade schneidet uns gerade in den kritischen Monaten vor der Ernte die Lebensmittelzufuhr ab. Der Transport kommt zum Stillstand. Die hungernden Massen werden unruhig. Die Regierung, die immer mehr zur unerbittlichen Militärdiktatur werden muß, um sich halten zu können, unterdrückt mit blutiger Energie die Unruhen. Es gelingt ihr das erste, das zweite Mal. Aber der Hunger und die Arbeitslosigkeit werden immer schlimmer, die Verzweiflung größer, die Mutlosigkeit ergreift immer weitere Kreise, der Widerstand erlahmt. Schließlich muß die Regierung weichen, nachdem unendliche Opfer nutzlos gefallen sind, zum Krieg von außen alle Schreden des Bürgerkrieges sich gesellt haben und keine Regierung, keine Partei mehr das entsetzliche Chaos beherrschen kann. Das Diktat der Entente muß schließlich bedingungslos unterzeichnet werden.

Und eine solche Politik will man einem Volke zumuten, das innerlich vollkommen zerklüftet ist! Der größte Teil der Arbeitermassen lehnt diese Politik ab, weil er die völlige Arbeitslosigkeit eintritt und ihre katastrophale Verderblichkeit erkennt. Ein Teil der Bourgeoisie aber sinnt schon jetzt darauf, die Gelegenheit zu benutzen, um, losgelöst von Deutschland, unter fremdem Protektorat, die bürgerliche Herrschaft vor der revolutionären Bedrohung endgültig zu retten.

Seit der Revolution muß die Abfallbewegung an verschiedenen Stellen des Reiches bekämpft werden. Und nun will man eine Politik treiben, die selbst bei äußerster Geschlossenheit und Einmütigkeit der Nation in allen ihren Teilen unserer festen Ueberzeugung nach eine Unmöglichkeit wäre!

Es ist Wahnsinn, denn es bedeutet, daß Deutschland der Gefahr der Zerstückelung und Auflösung für lange Zeit preisgegeben wird, daß in dem übriggebliebenen Stück Verwüstungen angerichtet werden, deren Folgen Generationen nicht ausmachen können. Und so hart die Annahme des Friedens für Deutschland ist, so bedeutet sie doch zunächst die Möglichkeit der Existenz und dann die Aussicht auf eine Revision, die für ein einmal geschicktes und verwirklichtes Deutschland zu spät käme.

Wir wissen, daß diese Annahme in weiten Kreisen des deutschen Volkes außerhalb unserer Partei geteilt wird. In den Kreisen der rechtssozialistischen Partei sowohl, als in denen der Industrie und des Handels. Aber wieder wird es dem deutschen Volke zum Verhängnis, daß es nicht gewohnt und fähig ist, selbst kein Schicksal zu bestimmen, sondern die Bestimmung der Regierung oder einigen Parteiführern überläßt. Soll wirklich vom deutschen Volk gesagt werden dürfen: dieses Volk ist hoffnungslos?

Vogel-Bessen und das Auswärtige Amt.

Wir haben gestern den Bericht wiedergegeben, den eine „maßgebende Seite“, also wohl die Regierung, durch das M.A.W. verbreiten läßt. Leider verspricht die „maßgebende Seite“ hier wieder einmal mehr als sie hält: Der Bericht beginnt mit den Worten, daß „in der Fluchtangelegenheit des Oberleutnants Vogel... bis jetzt folgendes festgestellt worden“ sei. Die Deffektivität hätte also erwarten dürfen, daß die Regierung ihr mitteilen würde, was zur Verhinderung der ihr rechtzeitig vom Genossen Dr. Oskar Cohn angeforderten Flucht Vogels unternommen worden ist, natürlich außer der Verfügung Koskes. Ferner, was man gegen die Offiziere, Soldaten oder Gefängnisbeamten unternommen hat, die die Verfügung Koskes in so auffälliger Weise mißbraucht haben; weiter, wie das Verfahren gegen die Leute steht, die die Flucht Vogels begünstigt haben usw. usw. Alles dies gehört wohl zur „Fluchtangelegenheit des Oberleutnants Vogel“. Statt dessen beschränkt sich der von der Regierung verbreitete Bericht auf einige Bemerkungen über die Bahangelegenheit.

In diesen Bemerkungen fällt zunächst ein Widerspruch auf: Im zweiten Satze spricht der Bericht von einem „vom Polizeipräsidenten Berlin am 3. 5. 1919 nach Deutschland und Holland ausgestellten Paß“. Einige Zeilen weiter sagt der Bericht: „Es ist festgestellt, daß das Polizeipräsidentium weder auf Bessen noch auf Vogel je einen Paß ausgestellt hat“. Vielleicht liegt hier nur eine Flüchtigkeit des Ausdrucks vor, und anscheinend will der Bericht der Regierung sagen, daß der Paß vom 3. 5. 1919 nicht auf dem Polizeipräsidentium Berlin ausgefertigt, sondern an und für sich gefälscht war. Es war aber doch ein echtes Formular mit dem gemusterten Papier, dem richtigen Texte und schließlich doch auch, wie der Bericht selbst sagt, den richtigen, also doch wohl auch richtig von Polizeibeamten unterzeichneten Personalbeschreibungen und Photographiebestätigungen. Es erheben sich also die Fragen: Wer hat das Paßformular gefälscht? Satten die Polizeibeamten ihre Unterschriften in Blanko, vor der Eintragung der Personalbeschreibung und vor der Einklebung des Bildes gegeben? In wessen Händen sind solche Paßformulare außerhalb des Polizeipräsidentiums? Vielleicht erkundigt sich die Regierung darüber bei den militärischen Stellen, besonders bei dem Großen Generalstab, dessen „Abwehr-Abteilung“ während des Krieges solche Paßblanketts und ausgefertigte Pässe in Hülle und Fülle für seine Agenten und Spione in Bereitschaft hatte, wie dies in den amtlichen Spionagebüros aller kriegsführenden Länder der übliche Brauch war.

Der Bericht der Regierung wirft uns aber zur Wiederholung der Frage, die wir schon am 29. Mai gestellt haben, die aber noch nicht beantwortet ist: Hat Herr Kurt Vogel die Bahangelegenheit vom Untersuchungsgefängnis aus persönlich erledigt? Der Bericht der Regierung hebt hervor, daß der Bahinhaber Kurt Bessen den Paß mit seiner eigenhändigen Unterschrift versehen und die Polizeibehörde die Echtheit der eigenhändigen Unterschrift bezeugt habe. Das alles muß zwischen dem 3. Mai (Datum des Passes) und dem 13. Mai (Sichtvermerk des Auswärtigen Amtes) gewesen sein; damals aber war Vogel im Untersuchungsgefängnis. Um der Regierung die Feststellungen nach dieser Richtung hin zu erleichtern, teilen wir folgendes mit: Die Herren Vogel, Liepmann und Genossen konnten sich in ihrem Gefängnis sehr frei und ungenutzt bewegen. Wer mit einem von Herrn Minister Koske unterschriebenen Ausweis erschien, konnte sie ungehindert besuchen und alles

wichtige zu ihnen hinein und von ihnen wegzunehmen. Die gefangenen Offiziere konnten auch ungehindert das Gefängnis verlassen. Herr Vogel hat von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht. Es sind Zeugen vorhanden, die ihn noch am 13. in der Charlottenstraße in der Nähe des holländischen Generalkonsulats gesehen haben.

Es ist auffallend, wie reich in diesem Falle die Poststelle des Auswärtigen Amtes gearbeitet hat. Der Bericht der Regierung gibt an, daß der Paß am 13. 5. auf der Poststelle zur Erteilung des Sichtvermerks vorgelegt worden ist. Sonst trägt die Poststelle gewöhnlich bei der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und vielleicht noch bei einer anderen Abteilung an, ob der Sichtvermerk erteilt werden dürfe. Das dauert 5, 6 Tage und noch mehr. Hier aber vollzog sich alles glatt und auf der Stelle, so daß es dem Inhaber des Passes möglich war, noch am selben Tage beim holländischen Generalkonsulat den Sichtvermerk zur Einreise nach Holland zu erlangen. Der Bericht der Regierung lacht die Poststelle damit zu entschuldigen, daß sich der Inhaber des Passes mit dem Passe selbst und mit dem von der Waffenstillstandskommission aufgestellten „Dreisprachen-Ausweis“ legitimiert habe. Das ist sehr nachlässig seitens der Poststelle, die sonst sicherlich einen Ausweis der Waffenstillstandskommission vom 31. Januar, der nur für eine kurze Zeit gilt, nicht als rechtmäßige und ausreichende Legitimation ansehen dürfte. Vielleicht fragt einmal die Regierung bei der Waffenstillstandskommission an, wie diese sich davon überzeugt hat, ob ihr Courier Kurt Bessen überhaupt existiere. Die Ausweise der Waffenstillstandskommission unterzeichnet Herr Minister Erzberger; er oder der Beamte, der das Kurierwesen in der Waffenstillstandskommission verwaltet, müßte doch wohl die Kurriere der Waise kennen. Befindet sich darunter einer mit dem schönen Namen Kurt Bessen, der mehr nach dem Geheiß eines Familienblattromans als nach einem lebenden Menschen klingt?

Schließlich umfaßt die liebende Regierung mit ihrem Entschuldigungsbedürfnis nicht nur den Beamten des Auswärtigen Amtes, der sich auf der Poststelle hat täuschen lassen, sondern auch das holländische Generalkonsulat. Als Behörde untersteht das holländische Generalkonsulat nicht der deutschen Regierung, und diese sollte es ruhig der holländischen Regierung überlassen, ob und inwieweit sie das Generalkonsulat als Behörde für entschuldigend erklären will. Falls in dem holländischen Generalkonsulat allerdings auch deutsche Reichsangehörige tätig sind, kann ja die deutsche Regierung ihren Untersuchungsbeifer auch auf solche Angestellte des Generalkonsulats ausdehnen.

In seiner Mitteilung an den Kriegsminister und in seinem Brief an die Presse hat der Genosse Oskar Cohn übrigens nicht nur von einem falschen Paß Vogel-Bessen, sondern auch von einem falschen Paß Liepmann-Rohmann gesprochen, ja, auch davon, daß für die übrigen Angeklagten des Prozesses wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ebenfalls falsche Pässe vorbereitet seien. Hierüber schweigt sich der Bericht der Regierung vollständig aus und auch in den bisherigen Veröffentlichungen des Edenhotels und anderer Stellen haben wir nichts darüber gefunden. Wir bringen also der Regierung in Erinnerung, daß auch der falsche Paß Liepmann-Rohmann der Poststelle des Auswärtigen Amtes in diesem Falle tauschen lassen? Vom holländischen Generalkonsulat mit der Einreiseerlaubnis nach Holland versehen worden ist. Wodurch hat sich die Poststelle des Auswärtigen Amtes in diesem Falle täuschen lassen?

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir die Regierung noch um die Klärung folgender auffälliger Tatsachen: Der Kapitänleutnant Pflug-Hartung, einer der Angeklagten jenes Prozesses, ist am 14. 5. ebenfalls freigesprochen worden. Bis dahin war er in Untersuchungshaft. Am 15. 5. ist er frühmorgens nach Dänemark abgereist. Auch er hatte einen gefälschten Paß. Kann die Regierung aufklären, wer sich in diesem Falle hat täuschen lassen, wodurch die Täuschung herbeigeführt worden ist, wer den falschen Paß besorgt hat usw. usw.?

An den Herrn Reichswehrminister Noske richten wir die besondere Bitte, der Deffektivität recht bald darüber Auskunft zu geben, was die ihm unterstellte Truppe — Garde-Kavallerie-Schützen-Division und Korps Lützow — zur Ermittlung und Verfolgung der fahnenflüchtig gewordenen Offiziere Vogel und Pflug-Hartung bisher getan hat und was sie zu tun gedenkt, um die Flucht der übrigen Angeklagten des Prozesses zu verhindern, die ja auch mit falschen Pässen versehen sein sollen?

Für die weißen Garden wird gejagt.

Von „zuständiger Seite“ wird mitgeteilt: Bei Aufnahme des Angehörigen der Herabsetzung der Seeresstärke in unsere Friedensvorschlüge ist sich die Regierung wohl bewußt, daß unter dieser Maßnahme die Fürsorge für Offiziere, Unteroffiziere und Freiwillige sowie für die Seeresbeamten nicht leiden dürfe. Es ist selbstverständlich, daß auch dieses Zugeständnis mit den anderen auf territorialen, finanziellen und wirtschaftlichem Gebiete ein unübertreffliches Ganzes bildet, aus dem nicht das eine oder andere willkürlich herausgelöst werden kann, und daß für die Aufrechterhaltung der gesamten Vorschlüge die Aufnahme in den Völkerverbund eine natürliche Vorbedingung ist.

Die weißen Garden können also beruhigt sein: Noske wird schon dafür sorgen, daß sie auch nach der von der Entente erzwungenen Herabsetzung der Seeresstärke nichts von dem guten Leben vermissen werden, das sie jetzt auf Kosten der übrigen Bevölkerung führen dürfen. Vorausgesetzt, daß Noske noch so lange in der Lage ist, seine schwindende Hand über sie zu halten.

Der Kampf gegen die Arbeiterräte.

Aus Gelsenkirchen wird uns geschrieben: Das hiesige Stadtparlament beschloß am 30. Mai, dem Arbeiterrat keine Mittel mehr zu bewilligen. Dieser Beschluß, der infolge Abwesenheit von zwei sozialistischen Stadtverordneten mit drei Stimmen Mehrheit durchgedrückt werden konnte, steht eine Vergewaltigung schämmster Art dar. Die Arbeiterschaft erschien denn auch, auf den Ruf der beiden sozialistischen Parteien und des Komitees der Gewerkschaften, am nächsten Morgen und zeigte in einer machtvollen Kundgebung, daß sie nicht gewillt ist, die Erzeugnisse der Revolution preiszugeben. Die Menge zog demonstrierend zum Rathaus und erreichte vom Oberbürgermeister die Bescheidung,

daß der Arbeiterrat wie auch die übrigen Erzeugnisse der Revolution (Schulreformen u. dgl.) beibehalten werden sollen. Hierauf gingen die Arbeiter wieder in ihre Betriebe zurück.

Diese Entschlossenheit der Arbeiter, die schon nach wenigen Stunden auf den Plan getreten waren, erglänzte uns, wie tief der Rätegedanke schon in ihren Herzen Wurzel gefaßt hat, und daß sie nicht gewillt sind, sich das wenige, was uns die Revolution gebracht hat, entreißen zu lassen.

Die finanziellen Lasten Frankreichs.

Versailles, 1. Juni.
Einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber äußerte sich Ribot über die finanziellen Lasten Frankreichs in den nächsten Jahren folgendermaßen:

Gemäß dem Vorwärtensvertrag anerkennt Deutschland den Grundlag der Wiederherstellung des Schadens und verpflichtet sich, ihn ab 1921 einschließlich der Zinsen zu bezahlen. Die Höhe des Betrages setzt zu beziffern, wo wir in vollständiger Ungewißheit über den Gesamtbetrag, welchen wir erhalten können, siehe die Tür allen Diskussionen offen. Lediglich stelle ich meine Berechnungen auf die Einnahmen unseres Staatshaushalts und stelle fest, daß Deutschland bis 1921 der Entente 25 Milliarden Franken ohne Zinsen zahlen wird. Es muß aber berücksichtigt werden, daß ein großer Teil dieses Betrages durch den Unterhalt der Besatzungstruppen, der Deutschland zuzählt, und die Bezahlung der für die Verpflegung Deutschlands notwendigen Produkte verschlungen werden wird. Tatsächlich werden nicht mehr als zehn Milliarden zur Verfügung unter die Alliierten fallen. Frankreichs Anteil wird etwa die Hälfte davon betragen. Aber dieser Betrag wird kaum zur Deckung der laufenden Wiederherstellungsarbeiten reichen, und wir können mit keiner Verbesserung unserer Staatsschaupositionen rechnen.

Ribot berechnet sodann, daß Deutschland bis 1923 Frankreich vier Milliarden bezahlen wird. Während derselben Zeit wird Frankreich 25 Milliarden für Pensionen 37 Milliarden für Kriegsschäden und 15 Milliarden Zinsen für die Anleihe, die Frankreich zur Bestreitung der Wiederherstellungsarbeiten ausgeben müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Aufschubs von Pensionen dürfte Frankreich zunächst vierzig Milliarden vorzuschicken haben. In den Jahren 1923 bis 1931 wird Deutschland 1800 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, wogegen Frankreich in derselben Zeitspanne mindestens fünfzig bis sechzig Milliarden ausgeben haben wird. Diese großen Ausgaben Frankreich erklärt Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihen zur Deckung der Wiederherstellungsarbeiten ausgeben zu müssen. Zum Schluß erklärte Ribot, man werde ihm vielleicht vorhalten, daß Frankreich Schatzkammer, die Deutschland ihm geben werde, eskontieren kann. In diesem Falle eskontiere Frankreich nicht die Zinsen, sondern das Kapital, und müße in diesem Falle also amortisieren. Und bei dieser Voraussetzung gelange man nicht zu einem günstigeren Ergebnis. Er wolle durch klare Darstellung der Finanzen und durch Veröffentlichung dieser erschreckenden Zahlen die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität aller Alliierten lenken.

Die italienischen Sozialisten und die Internationale

Rom, 31. Mai. (Stefani.)
„Avanti“ vernimmt, daß sich am 29. und 30. Mai in London, Charles Roden und Duxton, einige Mitglieder der Vereinigung der italienischen Sozialistenpartei und der parlamentarischen Gruppe, Buzzati, Ferrati sowie der Generalsekretär des allgemeinen Arbeiterbundes in Rom versammelten. Rodonad entschuldigte die Abwesenheit von Guglielmi. Die Mitglieder der Vereinigung der italienischen Sozialistenpartei erklärten, daß nach ihrer Ansicht die rumänische und ungarische Frage am dringendsten seien. Sie machten darüber konkrete Vorschläge, die in einer Zusammenkunft in Mailand am 1. Juni formuliert werden sollen. Die Versammlung diskutierte die Gründe, die die italienische Sozialistenpartei veranlaßt, ihren Beitritt zum internationalen Bureau zurückzuziehen. Die Versammlung beschloß, daß das internationale Sozialistische Bureau an die italienische Sozialistenpartei einen Brief richten wird, in dem erklärt werden soll, aus welchen Gründen die zweite Internationale die Italiener zum Verbleiben in ihren Reihen einlädt. Die Italiener werden darauf antworten.

Der polnisch-ukrainische Konflikt.

Wien, 1. Juni. Den Blättern zufolge richtete der Wiener Gesandte der westukrainischen Republik Maslitski, im Auftrage seiner Regierung an den Vicerat in Radiotogramm, das nach einer ausführlichen Darlegung des ukrainischen Standpunktes in der offiziellen Frage und nach Widerlegung des von Paderewski erstatteten Exposé vorschlägt, es möge ein Kontingent alliierter Truppen das kritische Gebiet Ostgaliziens besetzen. Sollte der Vicerat ablehnen, alliierte Truppen zu entsenden, so erklärt das Staatssekretariat nicht nur sein ausdrückliches Unverständnis, sondern stellt die dringende Bitte, der Vicerat möge der tschechoslowakischen Republik ein Befehlsmandat bis zur endgültigen Entscheidung erteilen.

Was geschieht mit Bulgarien?

Versailles, 31. Mai.
„Populaire“ veröffentlicht eine seltsame Meldung, wonach seit einem Monat fünf Notizen der bulgarischen Regierung bei der Friedenskonferenz in Paris eingetroffen sind. Die Notizen seien sehr lang und merkwürdig. Man frage sich vergeblich, was dieses Geheimnis zu bedeuten habe. Bulgarien habe keine offizielle Delegation in Paris; es sei auch niemals besucht worden, seine Ansichten und seine Meinung bekanntzugeben.

Die Entente und die kleinen Staaten.

Versailles, 1. Juni.
Gestern nachmittag ist den kleinen Mächten, die Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten, im französischen Ministerium des Äußerer der Vertragsentwurf für Österreich vorgelegt worden. Die geheime Beratung über ihn dauerte zwei Stunden und betraf, wie „Matin“ berichtet, hauptsächlich die Maßnahmen zum Schutze fremdsprachiger Minderheiten in Polen, in der Tschecho-Slowakei, in Südbanien und Rumänien. Im Namen dieser vier Staaten erklärte Bratianu, daß die Großmächte sich mit diesen Bestimmungen in die innere Gesetzgebung der kleinen Staaten einmischen. Falls

Wahrgeln über Kinderheiten völlerrechtlich festgelegt werden sollten, müßten sie unterschiedlos auf alle Mächte angewandt werden, aber nicht eine Benachteiligung der kleinen Staaten bedeuten oder ihre Souveränität beeinträchtigen. Laut „Echo de Paris“ erwiderte Clemenceau in kräftigem Tone, daß die im Vertrage vorgesehenen Maßnahmen beibehalten werden müßten. Daraufhin erhob sich Paderewski für Polen, Krzyschko-Elowicz und Trumbski für Südslawien und schlossen sich den Reueherungen Bratianu an. In langer Rede rechtfertigte sodann Wilson die zur Förderung stehenden Bestimmungen und erklärte, daß die Großmächte die ganze Verantwortung für diesen Frieden tragen und dafür bürgten, daß alle Bürger der jetzt entstandenen neuen Staaten gerecht behandelt würden; doch sei er bereit, in Fassungsänderungen des fraglichen Abschnittes zu willigen, damit er nicht mehr als Ausnahmebestimmung oder als Zwang gegenüber gewissen Ländern erscheine. Ein Vorschlag von Venizelos, die Großmächte müßten zusammen mit den Kleinstaaten den fraglichen Abschnitt unverzüglich abändern, wurde angenommen und eine zufriedenstellende Einigung erreicht.

Die Entlassung von Angestellten.

Die Verordnung des früheren Reichsministers für die wirtschaftliche Demobilisierung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten vom 24. Januar 1919 sieht vor, daß die Weiterbeschäftigung von Angestellten in Folge der besonderen Verhältnisse des Betriebs ganz oder zum Teil unmöglich ist, eine Verpflichtung hierzu nicht besteht. Ausdann muß im Vernehmen mit dem Angestelltenausfluß oder einer anderen Angestelltenvertretung oder mit der Mehrheit der Angestellten bestimmt werden, welche Angestellten zur Entlassung zu kommen haben.

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. 5. 1919 bestimmt ferner, daß auch in anderen Fällen als den oben erwähnten die Kündigung von Angestellten unter Mitwirkung der Angestelltenvertretung zu regeln ist. Die neue Verordnung bestimmt weiter, daß diese Verfügungen auch für solche Angestellten eintreten, denen bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits gekündigt war, sofern die Kündigungsfrist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgelaufen war.

Zur Bekämpfung des Bolschewismus hat im amerikanischen Senat Senator New eine Gesetzvorlage eingebracht, in der das Tragen von roten und schwarzen Hosen und alle Reden für den Sturz der Regierung durch Gewalt oder andere ungesetzliche Mittel, sowie die Verbreitung von Schriften mit derselben Absicht verboten werden. — Nicht mit Veranschuldigungen, sondern mit Gewalt sollen also auch in Amerika die bolschewistischen Ideen bekämpft werden.

Mutherschaft in Peru. Aus Lima meldet Reuters: Die Geschäfte wurden wieder eröffnet. Seit Beginn des Streiks wurden 50 bis 100 Streikende getötet und 200 verwundet.

Groß-Berlin.

Vorlesung Tilla Durieux.

Sonntag mittag sprach Tilla Durieux auf Einladung der Bahndivision Groß-Berlin der D. S. P. D. in der Stadthalle Dichtungen von Wittman, Verboeren, Veranoer, Schönknecht und Leonhard Frank. Die ungewöhnliche Meisterschaft der großen Künstlerin brachte den revolutionären Gehalt der Dichtungen zu hinreichendem Ausdruck. Schönknechts zarter und zugleich starker Rhythmus für Rosa Luxemburg wieder die Trauer um den Verlust der außerordentlichen Frau. Die Vorlesung der Novelle „Der Vater“ mit ihrem erschütternden Ruf nach dem Frieden, ihrem befreienden Bekenntnis der Schuld unser aller, die wir so lange die sinnlose Gewalt des Krieges geduldet haben, übte den tiefsten Eindruck.

Tilla Durieux sprach mit jener inneren Mut und Teilnahme, die nur das Mitleiden und Mitemphanden des Vorgetragenen ermöglicht. Die große Dichterin, die so bereitwillig ihre Gestaltungsstärke dem kämpfenden Proletariat zur Verfügung stellt, fühlte sich selbst den großen Ideen, deren Vermittler sie ist, verbunden. Daher die Angriffe, die schon vor zwei Jahren gegen sie von den Nationalisten gerichtet wurden, als sie Franz' revolutionären „Arbeiter“ zum erstenmal in einem geistlichen Kreis in Berlin erschallen ließ, und die sich in jüngster Zeit wiederholten; jedoch doch man die Kreise in München die Zeit des weißen Terrors für eine günstige Gelegenheit zu halten, um auch gegen diese Frau, die jetzt am Münchener Nationaltheater wirkt, eine kleine Verfolgungskampagne zu führen. Tilla Durieux, die mit der kommunistischen Politik gar keinen Zusammenhang hat, braucht freilich solche Treiberen nicht zu scheuen, die ihren Urhebern nur Schande bringen können.

Wie aber werden der angegriffenen Frau um so mehr, da wir wissen, daß sie unserer Sache und kümmernd um die Anfeindungen englischer Versfolger unerschütterlich verbunden ist.

Wieder eine Versammlung aufgelöst.

Am Sonnabend tagte in der Aula der Sophienschule in der Weinmeisterstraße unter dem Vorsitz von Edward Bernstein eine Versammlung der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Richtig erwiderte der Aufsichtskommission! Im gleichen Augenblick erschien eine starke bewaffnete Patrouille unter Führung eines Offiziers, der erklärte, beauftragt zu sein, die Versammlung aufzulösen. Er wies einen Sachverhalt vor, auf dem Ort und Zeit wohl richtig angegeben, sonst aber von einer Versammlung der D. S. P. D. die Rede war. Es wurde nun dem Offizier Kargemacht, daß es sich um eine Mitglieder-versammlung der Zentralstelle für Einigung handelte. Der Offizier versuchte nun, sich mit seiner vorgesetzten Dienststelle in Verbindung zu setzen, aber die Herren waren schon beimgegangen, um sich von ihren Strapazen auszuruhen. Nach fast anderthalbstündigem Hin und Her erklärte sich der Offizier bereit, die Versammlung weiter tagen zu lassen, wenn die Anwesenden ihre Mitgliedskarte vorzeigen würden. Die Mehrzahl lehnte dies Ansuchen aber ab. Schließlich beantragte sich der Offizier damit, daß ihm einige der Anwesenden ihre Mitgliedskarte freiwillig vorzeigten.

Der Vorsitzende Genosse Edward Bernstein erhob im Namen der Versammlung entschiedensten Protest gegen das rigorose Verhalten der Behörden und kündigte eine diesbezügliche Beschwerde an.

Bevorstehender Konflikt in der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung.

Die eine Lokalkorrespondenz mittels werden die Vorkänge in der letzten Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung die heutige Sitzung beidseitigen. Die Demokratische und die Neue Fraktion haben sich um dem Verhalten des Stadtersternvorsitzenden Gemisch in Fraktionsitzungen eingehend be-

schäftigt. Beide Parteien wollen nun dem Vorsteher ein Mißtrauensvotum aussprechen, um Gemischs Rücktritt zu veranlassen. Sollte dieser nicht erfolgen, so sei damit zu rechnen, daß die Mitglieder der genannten Fraktionen ihre Ämter niederlegen. — Nach den uns gemachten Mitteilungen hatte der Vorsteher gar kein Recht, unseren Genossen Wilberg, wie die bürgerlichen Herren wünschten, zur Ordnung zu rufen.

Achtung! Lazarettinsassen!

Am Dienstag, den 3. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im Plenarsaal des Herrenhauses eine Versammlung der Vertreter der Lazarettinsassen statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Zumahl einiger Mitglieder. 3. Verschiedenes.

Auf je 100 Lazarettinsassen ist ein Vertreter zu entsenden. Aufzählung, aus denen Kopfsätze und die Namen der Vertreter hervorgehen, sind mitzubringen. Albrecht. Wolfenbüch.

Achtung! Lazarettinsassen!

Die Vertrauensleute sämtlicher Groß-Berliner Lazarett werden gebeten, sich heute Montag, nachmittags 8 Uhr, bei Oswald Berliner, Brunnenstraße 140, zu einer wichtigen Besprechung einzufinden. Es ist notwendig, daß jedes Lazarett vertreten ist. Der Vorschauausfluß der Lazarettinsassen Deutschlands.

Die „Republik“, die neue Tageszeitung der Arbeiter, die am 1. Juni zum erstenmal in dieser neuen Form wieder erscheinen sollte, ist nicht herausgelassen. Die Verlag und Redaktion mitteilen, ist die andauernde Erkrankung der beiden leitenden Redakteure Dümmig und Herzog daran schuld. Wenn nun die erste Nummer erscheinen wird, soll noch bekanntgegeben werden.

Die Staffelung der Lebensmittelpreise in Oberschöneweide ist in der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung einstimmig angenommen worden. Als Mindestpreise sind anzusehen: Haushalte von einer Person mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mark, zwei Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 3750 Mark, drei Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 4500 Mark, drei Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 4500 Mark, fünf und mehr Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 6000 Mark. Alle diese Mindestpreise erhalten von nun an, wahrscheinlich bereits von nächster Woche an, die Auslandslebensmittel zum halben Preise.

Sanitätsrat Dr. Borchardt, dessen Verhalten einem verunglückten Kinde gegenüber wir in Nr. 268 der „Freiheit“ einer Kritik unterzogen, erfuhr und um eine Nichtigstellung dieses Vorgangs. Er gibt an — und läßt es durch zwei Zeugen bestätigen —, daß er das Kind untersucht hat und nur eine „Schramme“ am Kopf vorfand. Dr. W. will dann seine Anordnungen getroffen und der Mutter ein Rezept mitgegeben haben. Wir geben dieser Darstellung des Herrn Dr. Borchardt gern Raum, möchten aber auch jetzt noch behaupten, daß die Hilfeleistung nicht ausreichend war. Unserer Meinung nach hätte die Wunde, auch wenn es nur eine „Schramme“ war, vom Arzt sofort verbunden werden müssen. Daß die Wunde nicht ganz unbedeutend war, scheint uns dadurch bewiesen, daß ein anderer Arzt, zu dem die Mutter mit dem Kind nun ging, einen Verband anlegte und das Kind auch in Behandlung behielt. So stellen wir uns eben das Wirken eines Arztes vor.

Gegen den Militarismus in der Justiz und gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte wird der Bund Neues Vaterland am Montag, 2. Juni, 8 Uhr, in der Berliner Stadthalle, Klosterstraße, eine Kundgebung veranstalten. Es sprechen Dr. Wag. Deri, Helmuth von Gerlach, als Juristen; Dr. Voelke m und Justizrat Weichauer. Außerdem spricht Hauptmann Willy Meyer: „Licht Recht vor Gewalt“ gehen.

Schülerkürte in den Fortbildung- und Hochschulen. Wir bitten um Angabe eurer Adressen an das Jugendsekretariat der „Freien Jugend“, C. 27, Schillerstr. 5, Hof 2 Et., zwecks Zusendung von Material über die Aufgaben der Schülerkürte. Nähere Auskunft im Jugendsekretariat, Montags und Donnerstags 9 bis 10 Uhr.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Nr. 2511. Bei dem am 20. Mai stattgefundenen Ausfluß nach Oranien sind folgende Gemeindeglieder gefunden worden: 1. Armband, 1. Schlüssel und 1. Geldtasche ohne Inhalt. Die Gegenstände können abends 4—6 Uhr in der Wohnung des Genossen Wack, Böhmische Straße 8 abgeholt werden.

Schaupielhaus. Zu dem am Dienstag stattfindenden „Beer Gyn.“-Vorstellung findet ein Verkauf von Eintrittskarten nicht statt, da über sämtliche Plätze bereits verfügt ist.

Gewerkschaftliches.

Zusammenschluß im graphischen Gewerbe.

Im Bezirk Buch fand gestern vormittag eine Versammlung aller im graphischen Gewerbe Beschäftigten statt, die den Zusammenschluß der im Betracht kommenden Verbände zum Zwecke hatte. Der Vorsitzende wies in seiner Eröffnungssprache auf das bereits erfolgte Zusammengehen einiger Personale zur Förderung einer Rohzugfrage hin, als das erste erfolgreiche Ergebnis der Bewegung.

Der Referent Genosse Walzahn vom Groß-Berliner Vollzugrat gab ein Eindrucksbild unserer fürchterlichen wirtschaftlichen Lage, um daraus die Richtlinien für unser künftiges Leben ziehen zu können. Das wertvolle Volk muß seine Geschicke selbst in die Hand nehmen; es muß den Auf- und Umbau der Gemeinwirtschaft vornehmen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenwirken. Der Neuaufbau kann nur auf der Grundlage der Arbeiterregulation vor sich gehen. Dazu ist nötig die Wiederherstellung des Wirtschaftszusammenhangs in Industrie und Handel. Alle Klassen- und Egoismus muß verschwinden. Das gilt besonders von den Buchdruckern, die sich abzuwehren von den rechtlichen Missetatungen auf ihr Unterhaltungsbedürfnis leisten lassen. Hier große Gewerkschaften, es handelt sich um die Lithographen und Steinbrucker, die Buchdrucker, die Hilfsarbeiter und die Buchbinder, haben sich zu einem graphischen Anstell-Zusammenschluß. Die veränderte Gewerkschaftsbürokratie ist der stärkste Demoschub des Zusammenschlusses. Durch die Tarifkommissionen ist die Harmonisierung geleistet worden. Der Erfolg war, daß die Buchdrucker, die vor dem Arge an dritter Stelle mit ihren Lohnfragen standen, heute an dreihöherer Stelle stehen. Es ist nötig, den Kampfgeist zu stärken. Das Mitspracherecht, was dem in der Tariftgemeinschaft keine Rede ist, muß von den Arbeitern und Angestellten gemeinsam erlangt werden. Es müssen andere Männer an die Stelle der Gewerkschaftsbürokraten, die erfüllt sind von der Notwendigkeit der Sozialisierung und von der Mitwirkung bei derselben. Haben wir das fürchterliche Erbe der Arbeiterregulation anzutreten, so müssen wir uns auch den Unterbau schaffen, auf dem ein Welterbau möglich ist. Statt der Harmonisierung mit den Unternehmern soll jetzt die Harmonisierung zwischen den verwandten Berufsgruppen wachen. Die Betriebsräte werden mit den Arbeiterräten Hand in Hand arbeiten und so eindringen in die innere Verwaltung der Betriebe. Der Arbeiter soll die höchste Instanz des wertvollen Volkes darstellen. Der Geist der Stunde gebietet, in der Werkstatt bei jedem Berufsgruppen für den Zusammenschluß des graphischen Gewerbes zu wirken.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde allgemein die Notwendigkeit des Zusammenschlusses anerkannt, und es kam die Erörterung gegen die Ge-

werkschaftsführer zu lebhaftem Ausdruck. Besonders die Buchdrucker wurden als diejenigen bezeichnet, die aus Dunkel dem Zusammenschluß widerstreben.

Auch Genosse Wegmann vom Vollzugrat brachte in kurzen treffenden Worten die Bedeutung des Zusammenschlusses zum Ausdruck.

Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, die in ihren Hauptzügen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller im graphischen Gewerbe Tätigen ausdrückt, besonders im Hinblick auf den Zusammenschluß der Unternehmer der papierverarbeitenden Industrie. Sie verlangt weiter, daß die Unterhaltungsbedingungen der Verbände kein Hindernis sein dürfen. Das Arbeitssystem wird als Voraussetzung aller Sozialisierungsbestrebungen angesehen. Die Gewerkschaftsführer haben sich auf den Boden des Arbeiters zu stellen und ihre Tätigkeit in Arbeits- und Tariftgemeinschaften aufzugeben und den Weg der direkten Aktion zu beschreiten.

Die Lohnbewegung der Industriearbeiter.

Im Voran und in den Sälen des Gewerkschaftshauses fanden Sonnabend gleichzeitig mehrere stärke besuchte Mitglieder-versammlungen der Transport- und Lagerarbeiter statt. Pro me be richtete über das Ergebnis der Verhandlungen über das Kollektivabkommen vom 22. Mai. Danach beträgt der Mindestlohn für alle männlichen Arbeiter über achtzehn Jahre rückwirkend ab 12. Mai 1919: bei Gruppe I Einstellungslohn 1,00 M., nach 1/2 Jahr 1,20 M., bei Gruppe II Einstellungslohn 2.— M., nach 1/2 Jahr 2,20 M., bei Berufsunfähigen Einstellungslohn 2,10 M., nach 1/2 Jahr 2,20 M.; für weibliche Arbeiter über 15 Jahre bei Gruppe I Einstellungslohn 1,15 M., nach 1/2 Jahr 1,25 M., bei Gruppe II Einstellungslohn 1,30 M., nach 1/2 Jahr 1,40 M., bei Berufsunfähigen Einstellungslohn 1,35 M., nach 1/2 Jahr 1,40 M. Sektionsleitung und Vertrauensmänner waren indessen der Meinung, daß der Tarif völlig ungenügend sei. Alle drei Versammlungen beschloßen dann auch mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der die Anwesenden unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerung der Lebensmittel sich außerstande erklärten, dem vorgeschlagenen Tarif ihre Zustimmung zu geben. Die Pflicht der Selbsthaltung zwingt sie vielmehr, eine weitere Lohnaufbesserung zu verlangen, wobei die weiblichen Berufsangehörigen besonders zu berücksichtigen seien. Die Versammlungen erwarten von den Arbeitgebern im Interesse des Friedens ein größeres Entgegenkommen bis zum 10. Juni. Bei Ablehnung der Mindestforderungen soll am 11. Juni der allgemeine Streik beginnen.

In die Funktionäre des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

In den letzten Generalversammlungen vom 3. Mai und 12. Mai haben die Delegierten eine neue Ortsverwaltung gewählt. In einem vom Hauptvorstand an die abgeforderte Bezirksleitung gerichteten Schreiben vom 21. Mai wird mitgeteilt, daß der Hauptvorstand die Neuwahlen nicht bestätigt. Am Montag abend 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus (großer Saal) die dritte Generalversammlung statt, wozu jeder Delegierte unbedingt erscheinen muß, um mit solchen Maßnahmen des Hauptvorstandes abzurechnen.

Die Funktionäre der Ortsverwaltung.

Die Lohnbewegung der Leitergerüstbauer.

Die Tarifkommission hat am 30. Mai folgende Beschlüsse gefaßt und sie Herrn Niemann schriftlich unterbreitet: Im Baugewerbe werden vom 17. Mai ab die Löhne von 2,75 M. pro Stunde, ab 1. Juli von 2,80 M. pro Stunde für Maurer und Zimmerer gefaßt. Diese schiedsgerichtlich gefaßten und anerkannten Lohnsätze mögen wir uns zu eigen und fordern für Leitergerüstbauer obigen Lohnsatz, für Blagelbauer 2,65 M. pro Stunde.

Am Dienstag abend 8 Uhr wird eine Versammlung im Waldsaal, Jungfernheide, Straße 63, zu dem bis dahin zu erwartenden Bescheid Stellung nehmen.

Generalversammlung der Bureauangestellten. In der am 27. Mai stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Carl Bauer den Jahresbericht, in welchem er hervorhob, daß seit dem 9. November 1918 die Mitgliederzahl um das Dreifache gestiegen ist. Die Erfolge in den einzelnen Branchen waren zum Teil recht gute. Für die verschiedenen Branchen wurden neue Tarifverträge den heutigen Verhältnissen entsprechend abgeschlossen. Bauer schloß mit der Aufforderung, die persönlichen Streitigkeiten, die vielfach noch in der Kollegenchaft bestehen, zu beilegen und die Einigkeit zu wahren, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen dringender notwendig ist als je. Daran anschließend folgte eine lebhaft diskutierte, die mitunter einen stürmischen Charakter annahm. Es wurde insbesondere lebhaft die Frage des Arbeitens diskutiert, wozu u. a. die Kollegen Dänger, Pfeiler, Reiger und Wiebel ihre Stellungnahme darlegten. Die Diskussion zog sich bis nach 11 Uhr hin, so daß beschlossen wurde, in einer am 3. Juni stattfindenden neuen Mitglieder-versammlung diese Frage weiter zu erörtern und die noch ungelösten Punkte der Tagesordnung bis dahin zu vertagen.

Eine große Kundgebung der technischen Angestellten Groß-Berlins veranstaltet der Bund der technischen Angestellten und Beamten Mittwoch, den 4. Juni, abends 7 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinslaufes. Tagesordnung: 1. Die Einheitsgewerkschaft der Techniker. 2. Regierung und Mitbestimmungsrecht. Referenten Gramm, Aufhäuser und Baumann.

Zustitzungsanstalt Groß-Berlin. Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr. Versammlung in Oberlandstr. 25, Neue Friedrichstraße 25. Tagesordnung: Forderung sofortiger Anstellung, sofortige endgültige Bezahlung des Überverdienstes.

Zentralverband der Juilmuster Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, Schion Orchestermeister. Dienstag, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitglieder-versammlung. Beratung des Engagementvertrages und des Erwerbsregulatives. Wahl des Sektionsvertreeters für die Ortsverwaltung und des Verbandsvorstandes.

Generalarbeiterkongress in Spandau. Alle bisherigen Arbeiter-Vertrauensleute und Kreisbevollmächtigte treffen sich am Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr in Spandau, „Neue Welt“, zwecks Wahl der Einheitsgewerkschaft. Heinrich Schwarz.

A. W. Nord, Spandau. Die Informationslokale befinden sich jetzt an folgenden Stellen: Norden: Schulstraße, Ecke Roggenstraße im Lokal; Gleimstr. 65 bei Schulz; Gendarmenstr. 3 bei Hoffmann; Osten: Altkönigstr. 63 bei Schneider; Nordwesten: Samariterstraße Ecke Schreinerstraße bei Söder; Nordosten: Federstraße Ecke Greifswalder Straße bei Strager; Charlottenburg: Wilmersstr. 1 bei Hartung; Noll. Friedrichstraße, Ecke Pöhlstraße bei Thelen; Neudamm: Ideal-Passage; Spandau: Wilmersstraße 3; Teuburger Straße 3 bei Leising; Schöneberg: Magistrate, Ecke Friß-Neuer-Straße bei Niemann.

Versicherungsgesellschaft. Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im Sportplatz, Potsdamer Straße 72, eine Versammlung statt, um zu dem Gesetzentwurf über die Betriebskräfte Stellung zu nehmen. Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker. Dienstag abend 7 Uhr: Versammlung in den Zelten 22.

Werkmänner-Verband. Zweck besserer Wahrung der Interessen aller Werkmänner in Groß-Berlin durch Zusammenschluß in einem eigenen Bezirksverein findet eine Versammlung aller Werkmänner im Groß-Berlin am Mittwoch abend 8 Uhr Restaurant „Vogelhof“, Paradiesauer Straße 37/38, statt.

Arbeiterauswahlwahl. Bei der am 28. Mai stattgefundenen Arbeiterauswahlwahl in der Anhaltischenstraße 11 (West-Oberschöneweide) erschienen: Liste I (D. S. P. D.) 62 Stimmen; Liste II (Rückwärts-Kandidaten) 52 Stimmen. Es geht auch hier ruhig vorwärts.

